



Menschenrechtsverletzungen: Die dunkle Seite der Wasserstoffpartnerschaft mit Saudi-Arabien

Bericht: Isolde Lichter, Sami Haddad
Kamera: Florian Linse
Schnitt: Tom Angler

Es ist der 13. April 2020. Schwer bewaffnet stürmen saudische Polizisten ein Privathaus im Dorf Al-Khuraiba am Roten Meer. Es gehört Abdul Rahim Al-Huwaiti. Bis zuletzt postet er seine Botschaft und filmte mit dem Handy die Angreifer.

Abdul Rahim Al-Huwaiti

Sie wollen uns vertreiben. Ich weigere mich, den Ort zu verlassen, aber sie wollen uns mit Gewalt zwingen. Guck mal, da ist die Polizei. Sie kommen mit Verstärkung, mit Soldaten.

Seine letzte Botschaft. Der 43-Jährige wird in seinem Haus erschossen. Auch die Behörden räumen das ein, sprechen von einem Gefecht. Saudische Aktivisten veröffentlichten diese Aufnahmen vom Tatort. Erst nach Protest seines Stammes erlaubt die Polizei die Bestattung auf einem Friedhof.

Was hatte den brutalen Polizeieinsatz ausgelöst? Abdul Rahim Al Huwaiti war einer von 28.000 Menschen, die der saudische Staat zum Umzug für ein gigantisches Bauprojekt zwingt. Er gab dem Protest ein Gesicht.

Lina al-Hathloul, ALQST

Sie kämpfen alle den gleichen Kampf, und sind solidarisch miteinander, weil sie wissen, sie könnten die nächsten sein.

Die Huwaitat sind ein alter Beduinenstamm, der schon lange im Nordwesten des Landes siedelt. Jetzt sind ihre Dörfer den Bauarbeiten im Weg - für das visionäre Projekt Neom mit der Megastadt The Line - die Linie. Zwei schnurgerade Mauern aus Hochhäusern, Gesamtlänge: 170 Kilometer. Neun Millionen Menschen sollen hier mal leben. Alles soll mit Erneuerbaren Energien funktionieren.

Satellitenbilder zeigen, wie das Dorf Al Khuraiba dafür nach und nach verschwand, ebenso die Nachbardörfer Sharma und Gayal. Alle drei liegen nur wenige Kilometer neben der Neom-Baustelle, wo Hunderte Bagger seit gut einem Jahr die Fundamente schachten.



Die Vertreibung beschäftigt inzwischen die internationale Diplomatie. Die UN veröffentlichten Ende April dazu einen Sonderbericht. In dem werden erhaltene Informationen aufgelistet:

„Im Januar 2020 wurde den Bewohnern der Dörfer al Khuraiba, Sharma und Gayal mitgeteilt, dass sie ihr Land verlassen oder mit Vertreibung rechnen müssen. Ein großer Teil des Stammes der Howeitat weigerte sich, das Land zu verlassen, und war infolgedessen verschiedenen Formen der Verfolgung ausgesetzt: darunter Zerstörung von Eigentum, Unterbrechung der Stromzufuhr, unerklärliche Brände, Schikanen, Drohungen und Entführungen.“

Unsere Recherchen belegen: Auch deutsche Firmen arbeiten mit am Projekt Neom und ziehen so mindestens indirekt Nutzen aus der Vertreibung. Denn Teil von Neom ist das weltgrößte Projekt für Grünen Wasserstoff mit dem Namen Helios, gebaut von einer US-Firma.

Das Herzstück für Helios allerdings liefert eine deutsche Firma: Nucera aus Dortmund, ein Tochterunternehmen von ThyssenKrupp. Spezialist für Wasser-Elektrolyse. Der grüne Wasserstoff verspricht lukrative Geschäfte. Mit dem Auftrag für Neom vervielfachte Nucera den Umsatz, erzielte beim Börsengang im Juli 500 Millionen Euro und stieg in den S-DAX auf – auch dank der guten Geschäfte in Saudi-Arabien.

Aus dem Weltraum ist der Helios-Bauplatz gut erkennbar, zwei kreisrunde Fundamente sollen die Anlage tragen. Nucera warb über sechs Milliarden Euro Bankkredite ein. Ab 2026 soll die Anlage täglich bis 600 Tonnen grünen Wasserstoff produzieren. Den grünen Strom liefern Windparks, die rings um den Küstenort Maqna am Golf von Akaba entstehen. Was das für die Einwohner bedeutet, dokumentiert aufgrund erhaltener Informationen ebenso der UN-Report:

“Im Juli 2022 wurden die Bewohner von Maqna, einem Küstendorf, das von Angehörigen der Stämme Howaitat, Bani Attia und Juhayna bewohnt wird, deportiert - in die Städte Haql und Tabuk“

Diese Städte sind gut 200 Kilometer entfernt.

Wir haben einen Tipp erhalten und reisen nach Brüssel, um eine Frau zu treffen, die sich trotz Verfolgung ihrer Familie als Aktivistin für die Menschenrechte in ihrer Heimat Saudi-Arabien einsetzt. Lina ist Rechtsanwältin und dokumentiert die Vertreibung der Huweitat für

Hinweis: Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für den privaten Gebrauch des Empfängers verwendet werden. Jede Verwertung ohne Zustimmung des Urheberberechtigten ist unzulässig.



das Neom-Projekt. Erst nach langem Überlegen entschied sie, offen vor der Kamera zu sprechen. Lina Hathloul besitzt Kopien von Gerichtsurteilen. Demnach genüßten schon weitergeleitete Twitternachrichten oder Handyvideos für lange Haftstrafen. Zitat: (1. Urteil S. 1)

„... Er folgte dem Account von Personen, die versuchten, die Sicherheit des Landes zu verletzen und teilte deren Beiträge.“ – 21 Jahre Gefängnis.

Aus einem zweiten Urteil:

„ ... er war im Besitz von Videos und Veröffentlichung auf sozialen Netzwerken mit dem Ziel, terroristische Ideologien zu fördern und eine verstorbene Person zu preisen.“ – 50 Jahre Haft.

Lina al-Hathloul, ALQST

Wir haben mindestens 50 Verhaftungen dokumentiert, Darunter fünf Menschen, die zum Tode verurteilt wurden, weil sie sich weigerten, ihre Häuser zu verlassen, darunter auch der Bruder von Abdul Rahim. Er wurde im Gefängnis brutal gefoltert, ihm wurden die Füße ausgepeitscht über Stunden. Er wurde den ganzen Tag lang in der Sonne fixiert, ohne die Möglichkeit, sich zu bewegen, zu trinken oder essen. Er wurde mit Stromschlägen und Auspeitschen gefügig gemacht, um ihn zu falschen Geständnissen unter dem Vorwurf des Terrorismus zu bewegen.

Die UN zeigten sich alarmiert über die drohenden Hinrichtungen und forderten Firmen und Regierungen auf zu intervenieren.

Seit Monaten forciert Berlin die Wasserstoff-Kooperation mit dem Königreich. Das grüne Gas vom Golf soll helfen, die deutsche Wirtschaft zu dekarbonisieren. Erst im Mai sicherte der Bund mit einer Hermes-Bürgschaft das Helios-Geschäft in Neom ab. Vor der Kamera möchten weder Bundeskanzler, noch Bundeswirtschaftsminister Stellung nehmen. Das Auswärtige Amt teilt FAKT schriftlich mit:

„Die Berichte zu Entwicklungen rund um das Neom-Projekt in Saudi-Arabien beobachten wir mit großer Sorge. Dies thematisieren wir auch regelmäßig in unseren Gesprächen mit Saudi-Arabien und Thyssen-Krupp.“

Lamya Kaddor sitzt für Bündnis90/Die Grünen im Bundestag - als Berichterstatterin für den Nahen und Mittleren Osten.

Hinweis: Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für den privaten Gebrauch des Empfängers verwendet werden. Jede Verwertung ohne Zustimmung des Urheberberechtigten ist unzulässig.



Lama Kaddor, MdB, Bündnis90/Die Grünen

Wir müssen den Dialog mit schwierigen Partnern, egal wo auf der Welt suchen, wenn wir das gemeinsame Ziel verfolgen, tatsächlich das Klima zu schützen. Wenn wir uns davon verabschieden würden, diese Diplomatie zu führen, dann würden wir irgendwann nur noch mit ein paar wenigen demokratischen Staaten auf dieser Welt sprechen. Und das wäre ehrlich gesagt auch nicht zu unserem Nutzen. Wenn wir uns entscheiden, einen gewissen Grad der Zusammenarbeit einzugehen, dann muss aber auch klar sein und das ist Saudi-Arabien und anderen Staaten durchaus klar, dass für uns die Menschenrechte unverhandelbar sind.

Auch beteiligte Wasserstoff-Experten sehen die deutsche Mitwirkung kritisch. In Namibia treffen wir Ulrich Heindl. Er war 2021 Entwicklungsleiter bei Helios Neom. Nach anderthalb Jahren stieg er aus.

Ulrich Heindl, früher Helios Neom

Während ich für Neom gearbeitet habe, hat sich bei mir die Meinung verfestigt, das eben für diese zukünftige grüne Energie wir uns nicht auf einzelne Länder verlassen sollten wie Saudi-Arabien, die eben auch politisch und gesellschaftlich bisschen zweifelhaft sind.

Heindl wechselte zu einem Wasserstoffprojekt in Afrika.

Wir bitten ThyssenKrupp Nucera um Stellungnahme, die Firma erklärt schriftlich:

„... Die Achtung der Menschenrechte ist und bleibt ein zentraler Wert bei thyssenkrupp nucera. Wir bekennen uns zur Internationalen Menschenrechtskonvention der Vereinten Nationen und ihrer konzernweiten Umsetzung...“

Lina al-Hathloul sieht deutsche Investoren in einer großen moralischen Verantwortung.

Lina al-Hathloul, ALQST

Die saudische Regierung wird ausländischen Investoren nichts tun. Sie sind also die Einzigen, die ihre Stimme erheben können. Meine Forderung an deutsche Firmen und an alle Firmen, die sich in Neom engagieren: Sagen Sie nicht, sie wüssten nicht, was vor Ort geschieht. Die UNO hat es bestätigt und sie wissen, dass Menschen geköpft werden, weil sie sich weigern, diesen Ort zu verlassen. Sie nehmen also an einem Projekt teil, dass auf saudischem Blut aufgebaut ist.